



Demokratisierung der Wirtschaft bedeute den Bruch mit allen kapitalistischen Prinzipien und sei anzusehen als die Phase des Uebergangs zu einer höheren Form der Wirtschaft. Streng genommen, würde dieser Weg bereits beschritten durch den ersten Tarifvertrag der deutschen Buchdrucker, wo zum ersten Male das Hausrecht des Unternehmers in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen seines Betriebes hinter der Kollektivabmachung zurücktreten mußte. Wir sind seitdem bis zu unserem heutigen Betriebsrätegesetz gekommen, das trotz vieler Unvollkommenheiten uns schon eine Menge Erfahrungen hat sammeln lassen und uns Wege in die Zukunft weist. Daher auch der Haß der Unternehmer gegen die Betriebsräte, daher das Gescheh von ihrer angeblich „wirtschastshörenden“ Tätigkeit.

Die fortschreitende Demokratisierung der Wirtschaft kann nur erreicht werden im steten Kampf mit den Unternehmern, sie kann nur das Resultat gesteigerter politischer und intellektueller Macht der Arbeiterschaft sein.

Der Redner geht zu den Bestrebungen der Arbeiterschaft über, durch eigene Betriebe ihre Finanzkraft und die ihrer Organisationen im Klasseninteresse dienstbar zu machen. Er weist auf das starke Interesse hin, das die englische Arbeiterbewegung an der Entwicklung der Konsumgenossenschaften nimmt, und fordert die deutsche Arbeiterschaft auf, dem englischen Beispiel zu folgen. Er berichtet dann über die Erfolge der Bauhüttenbewegung, deren Organisator Dr. Wagner die Schlagfertigkeit der Bauhütten gegenüber dem privaten Baukapital neuerdings weiter erhöht habe. Die Bauhüttenbewegung zeige den Weg, auf dem die Arbeiterschaft sich unabhängig mache vom privaten Baukapital.

Einen weiteren großen Schritt auf dem Wege der Demokratisierung des Wirtschaftslebens führen nach Kädel die Betriebe der öffentlichen Hand. Der Freistaat Sachsen zum Beispiel sei der erste Staat in der ganzen Welt, der die gesamte Elektrizitätserzeugung seines Hoheitsgebietes auf den Staat übertrug. In den „Sächsischen Werken“ konzentrierte er alle seine öffentlichen Betriebe, die zum Beispiel auch 60 Prozent des gesamten sächsischen Bergbaues umfassen. In Preußen und in Süddeutschland seien ähnliche Erfolge erzielt. Alles in allem genommen bedeute die Errichtung eigener, vom Privatkapital unabhängiger Betriebe, in Verbindung mit den Werken der öffentlichen Hand und im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei im Reich, in den Ländern und auch in den Gemeinden eine intensive Bearbeitung der Öffentlichkeit zugunsten der gemeinwirtschaftlichen Betriebe. Wenn in der Öffentlichkeit mehr und mehr der Gedanke an Raum gewinne, daß das private Kapital überwindbar sei, daß eine Zeit möglich wäre, in der die Wirtschaft unabhängig von privaten Unternehmern leben könne, so sei das nicht zuletzt ein Erfolg der unermüdbaren Tätigkeit der eben genannten Faktoren. Länder und Gemeinden seien heute Arbeitgeber von gigantischer Größe. In ihnen politischen Einfluß zu gewinnen, erscheint als eine der wichtigsten Aufgaben des Augenblicks. Im Besitze der politischen Macht, liege es dann in unserer Hand, mit Hilfe der Werke der öffentlichen Hand die Arbeiterschaft im Sinne einer fortschreitenden Wirtschaftsdemokratie an den Erzeugnissen und Ergebnissen ihrer Arbeit zu beteiligen.

Unsere Forderungen gehen weiter auf die endgültige Errichtung eines mit maßgebendem Einfluß versehenen Wirtschaftsparlamentes. Der kommende endgültige Reichswirtschaftsrat müsse befreit werden von den Einflüssen der staatlichen Bürokratie. Nur dann könne er aus sich heraus Vorschläge zur Ueberwindung der Wirtschaftsnöte machen, Untersuchungen über die Vorgänge in der Wirtschaft anstellen usw. Wir haben in Deutschland 156 Handelskammern, Wirtschaftskammern der Unternehmer. In ihnen ist unendlich viel Material über die deutsche Wirtschaft gesammelt. Auch die Arbeiterschaft will aus diesem Material lernen. Warum wehren sich die Unternehmer gegen die Einrichtung von Wirtschaftskammern, gegen die paritätische Teilnahme der Arbeiterschaft an der Beratung wirtschaftlicher Vorgänge im Reichswirtschaftsrat, in den Kammern? Sie fürchten den Einfluß und die politische Weisheit der Arbeiterschaft. Sie wissen, daß die organisierten Arbeiter mit den Waffen, die eine klare Erkenntnis der Wirtschaftsvorgänge liefert, zu kämpfen wissen.

Die Arbeiterschaft verlangt danach, die betriebs-

technischen Probleme eingehend zu erörtern und zu prüfen. Sie will auch teilhaben an einer besseren Ausbildung, wie sie die technischen Anstalten unserer Zeit gewährleisten.

Eine besondere Aufgabe ist die Steigerung der politischen Aktivität der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften dürfen nicht absteigen stehen bei großen politischen Entscheidungen, müssen aber dabei ihre eigene Unabhängigkeit stets voll zu erhalten wissen. Das Ziel läßt sich nur in jahrelanger Arbeit erreichen. Aber der Sieg ist sicher, weil wir wissen, daß Deutschland nur leben kann, wenn seine Arbeiterschaft ein gleichberechtigtes Glied der Wirtschaft und Gesellschaft ist. Der demokratische Staat soll unser Staat sein. Wir wollen ihn wandeln zu einem Staat der sozialen Gerechtigkeit, der sich weiter entwickelt bis zu dem einen Ziel, das wir alle ersehnen, den sozialistischen Staat.

## Die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses 2.

### II.

Zum Gesamtfragmentkomplex der Sozialgesetzgebung forderte der Kongress von neuem den Aufbau eines einheitlichen, wirklich sozialen Arbeitsrechts. Er bedauert auf das lebhafteste, daß die Vorarbeiten für ein Gesetzbuch der Arbeit eingestellt sind und daß die Gesetzgebung der neueren Zeit nicht auf Vereinheitlichung des Arbeitsrechts, sondern auf Vermehrung der Zersplitterung eingestellt ist.

Als besonders dringend erachtete der Kongress die Schaffung eines Arbeitsvertragsgesetzes, eine den Interessen der Arbeitnehmer entsprechende einheitliche Zusammenfassung aller den Arbeitsvertrag betreffenden Bestimmungen unserer Gesetzgebung; ebenso die Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes, das aufgestellt ist auf den § 165 der Reichsverfassung und in § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ausgesprochenen Grundsätzen, daß nur die Gewerkschaften die Träger kollektiver Vereinbarungen mit tariflicher Wirkung sind.

Der Gewerkschaftskongress protestierte gegen die durch das gegenwärtige Schlichtungswesen geschaffene Beschränkung des Koalitionsrechts, er fordert größere Sicherungen bei Verbindlichkeitsverpflichtungen und Beseitigung der Hemmungen bei der Durchführung von Streiks.

Der Kongress forderte die baldige Verwirklichung der Arbeitsgerichte als Sondergerichte unter maßgebender Beteiligung der Arbeitnehmer. Der bekanntgewordene Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes entspricht aber nicht den berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft. Im Verfolg der Stellung des Leipziger Gewerkschaftskongresses beauftragte der Kongress den Bundesvorstand, bei der endgültigen Fertigstellung des Gesetzes im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung forderte der Kongress die schnellste Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, durch deren Leistung den Erwerbslosen eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu gewähren ist, auf die der Erwerbslose einen Rechtsanspruch hat. Die Versicherung muß alle Arbeitnehmer erfassen, und ihre Durchführung muß einheitlich in engster Anlehnung an den öffentlichen Arbeitsnachweis und in örtlicher, bezirklicher und zentraler Gliederung unter paritätischer Selbstverwaltung erfolgen. Soweit Notstandsarbeiten ausgeführt werden, ist den hierbei Beschäftigten der für Arbeiten gleicher Art geltende Tariflohn zu zahlen.

Durch das Verlangen einer Arbeitslosenversicherung läßt der Kongress die alte Forderung auf Vereinheitlichung der Sozialversicherung unberührt. Er erhebt sie vielmehr aufs neue. Er verlangt, daß die Arbeitslosenversicherung so eingerichtet wird, daß sie sich in das Gebäude einer allgemeinen Sozialversicherung eingliedern läßt.

Von der Vereinheitlichung der Sozialversicherung erwartet der Kongress nicht lediglich den organisatorischen Zusammenschluß der verschiedenen Versicherungszweige, sondern auch die Erweiterung des Kreises der Versicherten und den Ausbau der heute vielfach unzulänglichen Leistungen.

Zur Wochenhilfe präziserte der Kongress seine Meinung dahin, daß die Absicht der Reichsregierung, eine Aenderung der bisherigen Wochenhilfe im Sinne des Entwurfs eines Gesetzes über Wochenhilfe herbeizuführen, eine erhebliche Verschlechterung der bisher geltenden Bestimmungen darstellt. Der Kongress hält die Verkürzung des Wochenbetrages, das

bisher in Höhe des Krankengeldes gezahlt wurde, auf drei Viertel dieses Betrages und insbesondere die Ablösung der bisher gewährten Beihilfe zu den Entbindungskosten und des Stillgeldes durch einen einmal zu zahlenden Betrag von 80 Mk. für eine Verschlechterung und für eine große Gefahr für die Volksgesundheit. Er protestiert deshalb gegen diese Absicht und er verpflichtet den Bundesvorstand, die Vorstände der einzelnen Verbände und die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Absicht der Reichsregierung nicht Gesetz wird.

Zum Reichshandwerkersgesetz erklärte sich der Kongress nach Bekanntwerden des zweiten noch unverbindlichen Referentenentwurfs über das Reichshandwerkersgesetz mit aller Entschiedenheit gegen die gesetzliche Zwangsorganisation des Handwerks (Pflichttunung) und die Verleihung des öffentlich-rechtlichen Charakters an Innungen und Fachverbände bis zum Reichshandwerkestag. Mit dem gesetzlichen Zwang zur Bildung der wirtschaftlichen Organisation des Handwerks und der Verleihung des öffentlichen Rechts wird gegenüber den auf freiwilligem Beitritt beruhenden Organisationen der Arbeitnehmer (Handwerksgesellen und Lehrlinge) ein doppelter Rechtsboden geschaffen; die Arbeitnehmer und deren Organisationen werden minderen Rechts erklärt.

Der Kongress lehnte die Errichtung wirtschaftlicher Zwangsorganisationen des Handwerks ab und verlangt gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung paritätische Zusammenfassung und gleichberechtigte Mitwirkung in allen bildenden Wirtschaftskörperschaften.

In der Ueberweisung der Regelung der Lehrlingsausbildung an die Zwangsinnungen und der Beaufsichtigung durch die Handwerkskammern erblickt der Kongress eine Vorwegnahme des seit Jahren von der Regierung in Aussicht gestellten Berufsausbildungsgesetzes. Der Entwurf verhindert ferner die Einheitlichkeit auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, die durch das Arbeitsgerichtsgesetz angestrebt wird.

Im Hinblick darauf, daß die endgültige Fassung des Entwurfs noch aussteht, sprach der Kongress die bestimmte Erwartung aus, daß die Reichsregierung, insbesondere das Reichswirtschaftsministerium, die grundsätzlichen Einwendungen beachtet und die Vertreter der Gewerkschaften zu den Vorarbeiten heranzieht.

Zur Volksfürsorge sprach der Kongress seine Genugtuung darüber aus, daß es dieser gelungen ist, die ungeheuren Schwierigkeiten der verheerenden Inflation zu überwinden, insbesondere auch darüber, daß es der Volksfürsorge möglich war, den Versicherungsschutz bis zur Umstellung auf wertbeständige Basis aufrechtzuerhalten. Die in dem Jahre nach der Umstellung gewährten gewaltigen Leistungen an die Hinterbliebenen der in dieser Zeit Verstorbenen sind von nicht zu unterschätzender sozialer Bedeutung. Als eine sehr wertvolle Hilfe auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaus sind die von der Volksfürsorge an die in Betracht kommenden Organisationen gegebenen hypothekarischen Darlehen zu betrachten.

Der Gewerkschaftskongress verwies auf seine früheren Beschlüsse und forderte die Gewerkschaftsmitglieder auf, der Lebensversicherung die allergrößte Beachtung zu schenken und Versicherungen auf Todes- oder Todes- und Lebensfall nur bei der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Volksfürsorge abzuschließen. Eine Beteiligung an Gründungen von Versicherungseinrichtungen irgendwelcher Art, die lediglich „als Mittel zum Zweck“ dienen sollen, ist auf das entschiedenste abzulehnen. Die Versicherung soll und darf nur Selbstzweck sein, wenn die ihr eigene soziale Bedeutung voll zur Auswirkung kommen soll.

In Ausführung dieses sowie der früheren Beschlüsse fordert der Kongress die Gewerkschaften zur tätigen Mitarbeit für die Volksfürsorge auf.

Die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten fand beim Kongress guten Widerhall. Er setzt als selbstverständlich voraus, daß die Bank auch weiterhin und in stets wachsendem Maße im Interesse der Gewerkschaften und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sein wird. Um sie dazu instand zu setzen, empfiehlt er allen Gewerkschaftsverbänden sowie deren örtlichen Verwaltungen sowie Einzelmitgliedern, die Einrichtungen der Bank für ihre bankmäßigen Geschäfte zu benutzen. In die Mitglieder richtete er insbesondere die Mahnung, von den neuen Einrichtungen der Bank für den Sparverkehr möglichst restlos Gebrauch zu machen.

## Entscheidungen zu unseren Reichsarbeitsverträgen.

### Etuisindustrie.

Unter dem 14. September erhielten wir vom Reichsarbeitsministerium die Mitteilung, daß die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeit des Schließsprüchens vom 15. August abgelehnt worden sei.

Damit wäre eine zentrale Lohnregelung, sofern die Unternehmer nicht nachträglich noch größere Zugeständnisse machen, vorerst nicht mehr gegeben.

### Aus der Kartonnagenindustrie.

Während noch vor wenigen Jahrzehnten die Kartonnagenindustrie mehr als eine relativ unbedeutende Nebenbranche in der Papierverarbeitungsindustrie betrachtet wurde, hat sie sich heute durch die moderne Maschinenteknik einen dominierenden Platz erobert und breitet sich immer weiter aus. Dies kommt u. a. auch darin wieder zum Ausdruck, daß auf der stattgefundenen technischen Herbstmesse zum erstenmal ein besonderer Saal insbesondere für Kartonnagenmaschinen eingerichtet wurde, in welchem sämtliche modernen Maschinen im Betrieb zu sehen waren. Aber gerade die Kartonnagenindustrie hat auch alle Veranlassung, alle erdenklichen Anstrengungen zu machen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

So zeigte unlängst die Vereinigung der amerikanischen Kartonnagenfabrikanten auf ihrer Jahresversammlung ihre neuesten Maschinen im Betrieb, wobei u. a. an einer Längs- und Querrismaschine bei siebenmäßigem Verstellen der Formate von einem einzelnen Arbeiter in 8 Stunden 27 700 Bogen durch die Maschine gejagt wurden; wobei noch sämtliche Nebenarbeiten erledigt werden mußten, wie Aufspannen der gerigten Bogen, Auseinanderziehen der zerschnittenen Bogen usw. An einer Endendermaschine erreichte ein Mädchen die ungeheure Schnelligkeit von 120 Eden in der Minute. Diese außerordentlich hohe Leistung zu erreichen, ist jedoch nur durch eine gründliche Berufsausbildung der Arbeiterin möglich gewesen. Ebenso erstaunliche Leistungen zeigte ein Mädchen an der Seitenaufbiegemaschine, die in 409 Minuten 42 000 Schachteln bearbeitete. Mit der Hülsenwickelmaschine wurden in der Minute 182 Hülsen von je  $4\frac{1}{16}$  Länge,  $1\frac{1}{16}$  Durchmesser und zwei Bindungen erreicht.

Die Verwendung von Pappmaterial findet auch immer größere Verbreitung. Neuerdings hat man sogar ein Verfahren erfunden, um aus einer Art Wellpappe feuer- und wasserbeständige Bau- und Isolierkörper herzustellen. Die gemelte oder gefasste Pappe wird in mehreren Lagen zusammengeklebt und dann mit einer Mischung von Wasser, Glas mit Aluminiumsilikaten behandelt, die beim Trocknen erhärtet und die Pappe feuerfest macht. Zur Erreichung der Wasserbeständigkeit werden die so bearbeiteten Pappplatten in einem weiteren Arbeitsprozeß mit einem Leberzug aus Paraffin, Wachs u. a. versehen. Das ganze Verfahren ist durch Reichspatent geschützt.

Aus Amerika berichteten kürzlich Fachblätter, daß sich die Verbandslisten aus Pappe einer immer größeren Verbreitung erfreuen, so daß sie die hölzernen Listen bis zu einer Größe von etwa 2 Kubikmeter Inhalt fast ganz verdrängt haben.

Die gute Konjunktur in der Kartonnagenindustrie ausnützend, haben die Pappfabrikanten längst eine erhebliche Erhöhung der Papppreise beschlossen. Dieses Vorgehen hat jedoch einen erheblichen Protest von Seiten der pappverarbeitenden Fabrikanten hervorgerufen, die zum Teil auch zahlenmäßig nachweisen, daß diese Erhöhung ganz ungerechtfertigt sei. Das Schlimme hierbei ist, daß hier wie überall die Käufer bei dem leeren Protest sich bescheiden müssen, weil die größere Macht vorläufig noch auf der anderen Seite liegt.

## Heim und Arbeitsstätte.

III.

Die Gartenstadt in diesem besonderen Sinne bietet dem Menschen nicht nur das Heim im Garten, sondern auch in geringer Entfernung die Arbeitsstätte. Die Gartenstadt ist eine Neuverbindung von Wohnung und Arbeitsstätte draußen auf freiem Gelände. Der Mensch wohnt in Licht und Grün und hat dennoch nicht nötig, lange Zeit in Verkehrsmitteln und staubigen Straßen zu verbringen. Sein Weg zur Arbeitsstätte führt durch frohe Wohnstraßen, an Rasenflächen vorbei, unter grünen, schattigen Bäumen. Man muß das Herrliche solch einer Arbeitswohnsiedlung selbst erleben haben, um in ganzer Größe die Ueberzeugung zu bekommen, daß hier der Schlüssel zu einer besseren kulturellen Zukunft liegt.

Es handelt sich hier nicht um Utopien. Auch auf dem Amsterdamer Internationalen Städtebaukongress sprach sich die Fachwelt darüber aus, und das weltberühmte Beispiel von Letchworth beweist, daß nicht durch Erweiterung der Großstadt ins Unendliche, sondern durch planmäßige Verteilung von Industrie und Bevölkerung auf Gartenstädte der Weg besritten wird, der zu einer idealen Lösung des Wohnungsproblems führt. Und wenn auch nicht alle beruflich in solchen Städten draußen wohnen können, so bringt den anderen die von großen Massen befreite Großstadt in ihren Vororten eine gesündere und kulturell andere Wohnmöglichkeit, als sie die Masse der Arbeitenden heute hat.

Im Jahre 1904 wurde der Grundstein zu der Gartenstadt Letchworth gelegt und heute faßt sie bereits 89 Industrien und 13 000 Menschen, u. a. eine Fabrik photographischer Papiere, eine große Buchbinderfirma und drei große Druck- und Verlagsanstalten. Die Buchindustrie hat in Letchworth die Möglichkeit eines sauberen Arbeitens festgestellt, als es vorher im rüftigen London möglich war! Das ganze Gelände ist für eine Stadt von 30 000 Menschen gedacht. Das Industriegelände befindet sich im Osten der Stadt, so daß der herrschende Wind den Rauch von der Stadt wegreißt. Außerdem wird an Kraft in hohem Maße Gas und Elektrizität gebraucht, so daß auch dadurch eine Rauchbelästigung der Wohnstadt vermieden wird. Wenn man die traulichen Wohnstraßen durchwandert, merkt man nicht die Spur der Erstickung eines Industriebezirks bei der Stadt. So haben die Bewohner keine Nachteile, sondern nur Vorteile von der Arbeitswohnsiedlung. Sie wohnen in schönen Häusern in der weit angelegten Stadt, ihr Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte ist ein Spaziergang und der Weg nimmt nicht einen wesentlichen Teil der freien Zeit in Anspruch, wie es nach der Statistik bei einem großen Teile des deutschen Proletariats der Fall ist. Der Zweck des Achtstundentages wird erreicht. Der Sinn des Achtstundentages kann nur durch eine soziale Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätte erfüllt werden.

Natürlich hat die Industrie oft besondere Verhältnisse nötig. So können Bergwerke nur da sein, wo die Bodenschätze zu finden sind. Hier muß sich das Wohnungsweisen den vorhandenen industriellen Verhältnissen anpassen, wie es der Ruhrbedlungsverband für das Ruhrgebiet erstrebt. Wie im Wohnungsweisen so ist jedenfalls im großen und ganzen die Tendenz der Abwanderung der Betriebe aus der Großstadt vorhanden (wenn auch aus anderer Ursache) und damit die gleiche Dezentralisierung wie im Wohnungsweisen. Diese industrielle Dezentralisierung, verbunden mit einer gesunden Dezentralisierung im Wohnungsweisen, bedeutet die soziale Lösung des Wohnungsproblems, die „Gartenstadt“ in diesem besonderen Sinne, die natürlich ihre wirtschaftlichen und kulturellen Tugenden zur Großstadt hat. Die Großstadt in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung bleibt. Ein Verschwinden der Großstadt, wie man es vielfach irrftümlig als im Sinne dieser Entwicklung vermisst, ist einstweilen natürlich nicht möglich. Die Großstadt bleibt auch für manche Berufe, doch in neuer, massenbefreier Wohnmöglichkeit. So ist auch die typische englische Gartenstadt Letchworth, die die Augen der ganzen Welt auf sich lenkt, wirtschaftlich wie kulturell selbständig, soweit es nötig ist. Letchworth bietet dem Manne die Arbeitsstätte und der

Jugend die allgemeine wie die höhere Schule. Dennoch ist die leicht erreichbare Großstadt London der starke wirtschaftliche wie auch kulturelle Hintergrund.

Natürlich sind solche wirtschaftlich selbständigen und doch von der Großstadt wirtschaftlich abhängigen Gartenstädte, die der Fachmann Trabantenstädte nennt, wohl zu unterscheiden von den Kolonien der wirtschaftlichen Unternehmungen. In den Arbeiter- wie Beamtenkolonien bedingt der Arbeitsvertrag den Mietvertrag. Der Mensch ist an seine Wohnung gebunden durch die Arbeit. In der Gartenstadt wohnt der Mensch ohne jede Rücksicht auf das Unternehmen. Auch Catebury hat freiwillig diesen Zwang befreit. Der Mensch soll nicht auch in der Wohnung ein Sklave seines Arbeitgebers sein.

In Deutschland sind wir in der Lösung des Wohnungsproblems heute gewiß eingeschränkt. Und doch könnte es schneller besser werden, wenn man nicht so viel theoretisierte, statt nach englischer Art zu handeln und wenn man das Wohnungsproblem nicht zu einseitig von der ökonomischen Seite betrachtete. Da ist eine Werft in Rotterdam weiter als wir auf unsere Kultur so stolzen Deutschen. Die Werft gibt den Arbeitern Gartenhäuser mit eigenem Defizit.

Notwendig aber ist vor allem auch nach dieser Richtung hin gerade für das schaffende Volk eine neue Weite des Blicks, damit es sein Schicksal auch auf diesem Gebiet in seine eigenen Hände nehmen kann. Wir müssen erkennen, daß wir auch im Wohnungsweisen in einer Zeitenweide stehen und daß uns auch im Wohnungsweisen nur ein neuer Gedanke retten kann. Die Großstadt ist das natürliche Kind des Kapitalismus. Mit der Befreiung vom Kapitalismus kann uns auch nur die Befreiung von der Großstadt retten. Das Problem: Heim und Arbeitsstätte ist das lebenswichtigste soziale Problem unserer Zeit. Wie ist es zu lösen? Da bietet uns England ohne Zweifel eine weite Perspektive. Wer da draußen die frischen Kinder, die vor der Befreiung der Industrie von der Großstadt auch zur Großstadt verurteilt waren, jetzt in der aufgelösten Großstadt zwischen Blumen auf saftigem Rasen in der Sonne spielen sah, der mußte erkennen, daß eine solche von aller kapitalistischen Ueberlieferung befreite, entschiedene Gestaltung wie Letchworth oder Welwyn mehr nationale Tat bedeutet als tausend deutsche reaktionäre soziale Flickwerke zusammen.

### Buchbindermeister für höhere Löhne der Arbeiterschaft.

Es ist wirklich kein Scherz, was die Ueberschrift sagt. Und den Beleg dafür finden wir in „Journal für Buchbinderei“. Dort heißt es in einem längeren Artikel über die Buchbinderei als Großbetrieb:

„Zunächst geht allgemein die Hauptnachfrage nach Massenarbeit. Die große Nachfrage nach Massenartikeln wird sich stets ausbreiten im richtigen Verhältnis zu gegebenen Löhnen, und als Folge der Kaufkraft der Arbeiterschaft, die in der Gesellschaft immer die größte Klasse ist. Auch um dem Steuerwerden der Erzeugnisse durch die erhöhten Löhne Einhalt zu gebieten und um der vergrößerten Nachfrage Folge zu leisten, wird die Buchbindereindustrie mehr und mehr maschinell werden. In der Industrie, und also auch in der Buchbindereindustrie, ist das letzte Wort der maschinellen Entwicklung noch nicht gesprochen.“

Man kann sich wirklich freuen über dies freimütige Anerkennung eines Unternehmers, daß die Löhne der Arbeiterschaft erhöht werden müssen, um die Kaufkraft zu steigern. Und wir können nur wünschen, daß diese bessere Einsicht immer mehr Eingang in den Unternehmertreuen findet. Insbesondere bei unseren Deutschen. Denn leider sind es vorläufig nur die holländischen Buchbindereibesitzer, die sich so in ihrem Fachblatt gelegentlich einer Bepreudung der Londoner Ausstellung für graphische Industrie und Buchgewerbe äußern. Oder sollte man es wirklich als stillschweigende Anerkennung auch der deutschen Buchbindereibesitzer auffassen dürfen, daß das Journal ohne jeden Kommentar diese Ansicht wiedergibt.





## Der Arbeitsmarkt im August.

Zum erstenmal in diesem Jahre zeigen die Berichte der Zahlstellen einen merklich ungünstigeren Stand des Arbeitsmarktes als in allen Vormonaten des Jahres. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1180 = 2,1 Proz. im Vormonat auf 1654 = 3 Proz. am letzten Stichtage gestiegen und die der Kurzarbeiter sogar von 2144 = 3,8 Proz. auf 4070 = 7,3 Proz. Insgesamt wurden also 5724 = 10,3 Proz. Mitglieder ermittelt, die von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen waren. Das zeigt deutlich, daß die seit einiger Zeit bereits in den anderen Gewerben sich fühlbar machenden Krisenzeichen nunmehr auch auf unsern Beruf sich ausgewirkt haben.

Auch die Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben, die aus 36 Orten und 145 Betrieben mit 23 746 Beschäftigten vorliegen, zeigen ebenfalls einen merklichen Rückgang der guten Konjunktur.

Auffällig ist, daß die Krisenzeichen regional, und nicht etwa branchenweise auftreten. So ist der Freistaat Sachsen sowie Berlin am stärksten hiervon betroffen. In manchen kleineren Zahlstellen, wie beispielsweise Seiffenrandsdorf, arbeitet die gesamte Mitgliedschaft verkürzt; während in Berlin nahezu 13 Proz. der männlichen Mitglieder völlig arbeitslos ist. Auch von R 3 I n berichtet, daß die Geschäftslage sich ganz plötzlich sehr verschlechtert habe. Eine kleine Briefumschlagfabrik ist in Konkurs geraten, wodurch 35 Mitglieder arbeitslos wurden. Dagegen weist aber S ü d d e u t s c h l a n d einschließlich B a y e r n einen sehr guten Stand des Arbeitsmarktes auf; ebenso auch H a m b u r g, H a n n o v e r, B i e l e f e l d und andere norddeutsche Zahlstellen.

Im einzelnen wurden am Stichtage ermittelt: 678 = 3,9 Proz. männliche und 976 = 2,6 Prozent weibliche Arbeitslose sowie ferner 1307 = 7,4 Proz. männliche und 2763 = 7,3 Proz. weibliche Kurzarbeiter.

Der Mitgliederstand beträgt gegenwärtig 55 540, was gegen den Vormonat einen Rückgang bedeutet. Doch sind nach anderen Meldungen auch wieder Anzeichen vorhanden, daß eine Mitgliederzunahme eingetreten ist.

## Briefe über die soziale Stellung der Frau im Verlaufe der Menschengeschichte.

### 2. Brief.

In deinen nächsten Briefen will ich keine Dankesworte mehr hören. Meine Bereitwilligkeit, dir die soziale Stellung der Frau zu schildern, ist doch nichts Besonderes. Du beschäftigst dich mit dem Thema, da fand ich es angebracht, dich ganz in dieses einzuführen. In den Kern einer Frage wird man nur dann einzubringen vermögen und über diese auch nur dann sprechen können, wenn man sich eine tiefe gründliche Sachkenntnis von ihr verschafft hat. Und zu der Aneignung des Wissens über die Frauenfrage will ich dir eben mit verhelfen, indem ich dir in meinen Briefen eine Darstellung gebe von der Stellung, die die Frau im Laufe der menschlichen Geschichte innegehabt hat. Nun zu unserem Thema.

Im letzten Brief hatten wir folgende Charakteristik: In der Urzeit war die Frau dem Manne gleichgestellt. Eine Arbeitstellung war kaum vorhanden. Die soziale Stellung richtet sich nach dem Altersklassensystem. Es gab noch keine Familie und keine Einzelchen. Wandern wir die Jahrtausende weiter.

Gegen Ende der Urzeit vollzieht sich eine gewaltige kulturelle Umwälzung. Durch Beobachtung der Natur aus der Arbeit usw. war die Feuerentstehung entdeckt worden. Auch die Waffenerzeugung machte Fortschritte. Diese Fortschritte mußte die bisher gleichberechtigte Frau mit ihrer Freiheit bezahlen. Der Mann konnte mit den verbesserten Waffen größere Erfolge auf der Jagd erzielen. Der waffentragende Mann gewann das Uebergewicht über die mit der Feldbearbeitung und den Kindern belastete Frau; das erste Herrschaftsverhältnis war entstanden. Die Gleichheit in der Horde war dahin. Sie bestand nun aus einer herrschenden Männerschicht und einer unterworfenen Frauenschicht. War die erste soziale Differenzierung nach dem Alter, so war die zweite nach dem Geschlecht gerichtet.

Gleichzeitig sonderte sich aus der Horde die Familie. Der Mann schuf sich ein kleines Königreich. Er verflachte das Weib und gründete die Familie. Die Ehe war natürlich nicht aus dem Zauberromantischer Liebe entsprungen, sondern war wirtschaftlich gegeben der Ausdruck geschlechtlicher Arbeitsteilung. Die Stellung der Frau unter diesen neuen Verhältnissen war eine überaus traurige. Der Mann

war der Gebieter über sein Weib. Er konnte sie mißhandeln, verkaufen, vermieten und verpfänden. Sie war ganz seine Arbeitsflavin. Alle schwere Arbeit wurde der Frau aufgebürdet. Sie mußte Pflanz- und Knollen, Brennholz suchen und das Feuer unterhalten, die Kleider anfertigen, die kleinen Kinder aufziehen, die Boote des Mannes rudern, die Jagdbeute holen und noch vieles mehr. Und sie mußte weiter auf den Wanderungen die Habelgastheilen auf dem Rücken tragen. Der Mann aber ging aufrecht und ledig nebenher.

Der Mann rechnete es sich zur Schande an, Frauenarbeit zu verrichten. Er geht in der Arbeit für seine Werkzeuge auf und unterweist die Kinder von einem gewissen Alter an in der Jagd und Waffentechnik. Die Frau konnte erst dann am Mahl teilnehmen, wenn der Mann sich gesättigt hatte. Der Mann nahm sich so viele Frauen, als er ernähren konnte. Die Frauen wurden meistens durch Raub erworben.

Die Ursachen dieser tiefen Stellung der Frau liegen in der primitiven Wirtschaft, in der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in der Rohheit und Trägheit, die den Naturvölkern eigen war. Da die Hauptnahrungsquelle das Wild war, war der Mann der wirtschaftlich Stärkere. Dieser Zustand dauerte ungezählte Jahrtausende. Er endigte mit dem Aufkommen fäulnischer Nahrungsquellen.

Durch das Sammeln von Wurzeln und Knollen erforderte die Frau den Ackerbau, den Vater aller höheren Kultur. Die Frau wird mit dem Ackerbau an den Pflug gebunden und wird sesshaft. Der Mann streift noch auf der Jagd umher. Die Frau bildet nun den Mittelpunkt der Wirtschaft, des Hauses und der sozialen Organisation. Die Frau wird Besitzerin des Acker und erlangt dadurch das Uebergewicht über den Mann. Durch den Ackerbau konnte man für längere Zeit den Nahrungsbedarf decken. Die Frau verfügte über die Lebensmittel, der Mann hatte einen Teil seiner Jagdbeute abzugeben.

Die Frau machte sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich unabhängig. Die Familie wird wieder zerfallen. Der Mann hat in die Sippe der Frau überzusiedeln, wohnt aber nicht im Haus des Weibes. Nur zu bestimmten Zeiten hielt er sich bei ihr auf. Der Mann ist unorganisiert, die Frau organisiert. Es entstanden starke Muttertippen (Gemeinschaften). Die Frau herrscht in der Mutter Sippe. Die Kinder gehören zu der Sippe der Mutter. Die Frau nimmt an der Ratversammlung teil. Sie ist oft mit der Häuptlingswürde beehrt und zieht mit in den Krieg. Da die Mutter Sippe die Ehe zerreiht, hat sie auch die Herrschaft des Mannes gebrochen. Es ist die Zeit des Mutterrechtes, des Matriarchats. Die Frau steht auf dem Höhepunkt ihrer Macht, und die soziale Stellung, die sie auf dieser Kulturstufe inne hat, wird in der ganzen späteren Kulturentwicklung von ihr nicht mehr erreicht. Mit dem Sturz des Mutterrechtes beginnt für die Frau wieder die schrecklichste Barbarei. Doch davon im nächsten Briefe.  
V o r e n z P o p p.

## Der Goutag des Gauves Hessen-Pfalz in Heidelberg.

Am 12. und 13. September fand im Gewerkschaftshaus in Heidelberg der Goutag der Gauves Hessen-Pfalz statt. Die Sitzung am Samstag diente in der Hauptsache der Konstituierung des Goutages. Als Vorgesitzende wurden die Kollegen Dr. Hoffmann, Frankfurt am Main und Kircher-Darmstadt, als Schriftführer Kargl-Hannau bestimmt. Die Berlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit der Vertreter sämtlicher Zahlstellen des Gauves. In seinen einleitenden Begrüßungsworten hieß Kollege Meß besonders die Kollegen aus dem Saargebiet herzlich willkommen, die zum erstenmal nach dem Kriege wieder in unserer Mitte weilten.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Sonntagmorgen um 9 Uhr. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kollegen Stücken im Namen der Heidelberger Kollegenschaft berichtete Kollege Meß, Frankfurt über die Tätigkeit der Goutverwaltung seit dem letzten Goutag in Jahre 1919 und die jetzigen organisatorischen Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen. In bezug auf die tariflichen Verhältnisse ist festzustellen, daß in allen denjenigen Orten, wo die Organisationsverhältnisse gut sind, auch die Tarife eingehalten werden. Dagegen weist Kollege Meß an einer Reihe einzelner Beispiele nach, wie die Unternehmer sofort darangehen, die Tarife abzubauen, wenn sie merken, daß das Organisationsverhältnis ein schlechtes ist. Auch in dieser Beziehung kommen die meisten Klagen aus der Kartonnagenindustrie. Besser ist es in der Tütenindustrie. Gut sind die Organisationsverhältnisse in den Buchbindereien und Buchdruckereien. Ein recht gespanntes Verhältnis besteht zurzeit zwischen der Organisation und den Buchdruckereibesitzern. Ein größerer Kampf steht besonders in Frankfurt in bedrohlicher Nähe, da die Unternehmer

sich weigern, die bisher bezahlten Buchdruckerlöhne für unsere Kollegen weiter zu bezahlen.

Kollege Meß erörtert dann weiter Fragen der inneren Organisationsarbeit und gibt Anregungen für die Zukunft. Regelmäßiges Versammlungsleben, die Bildung und Belehrung unserer Mitglieder sowie auch das gefelichte Leben in den Zahlstellen muß wieder mehr gepflegt werden.

In diese Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion an, an der sich die Kollegen Dersch-Weislar, Stücken-Heidelberg, Scheuring-Ludwigshafen, Driloff-Frankfurt, Kargl-Hannau, Kiefer-Saarbrücken, Kircher-Darmstadt, Menzel-Neustadt, Bernhardt-Mainz, Kautlich-Frankfurt und Aman-Mannheim beteiligten. Sämtliche Redner besprachen in erster Linie Fragen, die ihre Zahlstellen betreffen. Die Tätigkeit des Goutvorstandes wurde von fast allen Rednern gutgeheißen. Besonderes Interesse erweckten die Ausführungen des Kollegen Kiefer, der die Verhältnisse im Saargebiet schilderte. Ein kurzes Schlusswort des Kollegen Meß, das sich u. a. in Beantwortung diesbezüglicher Ausführungen des Koll. Scheuring mit den früheren Verhältnissen der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen beschäftigt, beschloß die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt.

Nach der Mittagspause sprach Kollege Würzberger-Frankfurt über die Beschlüsse des Verbandstages in Hamburg. Er besprach in erster Linie die Beschlüsse finanzieller Art, also Beitrags- und Unterstützungsfragen. Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung begründet er mit dem Hinweis auf die drohenden Wirtschaftsstürme auch in unserm Berufe und mit der Wiedereinführung der Krankenunterstützung, die von der überaus größten Zahl der Verbandmitglieder gewünscht wurde. Des weiteren verbreitete er sich über die Notwendigkeit der Stabilisierung und des Ausbaues der Verwaltungsaufgaben besonders in bezug auf die Führung der Kassengeschäfte.

Eine längere Diskussion entstand über einzelne Beschlüsse des Verbandstages, an denen von zwei Rednern Kritik geübt wurde. Dagegen wurden die organisatorischen Anregungen Würzbergers völlig außer acht gelassen. In seinem Schlusswort bedauert dies der Referent und mahnt nochmals dringend, den Kassengeschäften die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Beschlossen wird hierauf einstimmig, den Gaubeitrag um 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder zu erhöhen. Eine kurze Debatte löst noch ein Antrag Ludwigshafen aus, jedes Mitglied hat in der Zahlstelle seinen Beitrag zu entrichten, in der es in Arbeit steht. Mit großer Majorität wird so beschlossen. Zwei weitere Anträge Ludwigshafen, die Goutage in kürzeren Zwischenräumen bzw. vor dem Verbandstage abzuhalten, werden dem Goutvorstand überlassen. Der Delegationsmodus zum Goutag wird in der Weise geregelt, daß Zahlstellen bis 100 Mitglieder einen Delegierten, bis 250 Mitglieder 2 Delegierte, bis 500 Mitgl. 3 Delegierte, bis 750 Mitglieder 4 Delegierte und bis 1000 Mitglieder 5 Delegierte entsenden können.

In kurzen Ausführungen schildert Kollege Meß noch die immer schlimmer werdenden Zustände auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung. Aufgabe der Organisation ist es, diesen Dingen nachzugehen und überall für Abhilfe zu sorgen. Auch die Kritik über diese Verhältnisse in der Presse soll mehr gepflegt werden. Durch Beschwerden bei den Handwerkskammern muß gleichfalls für Abhilfe gefordert werden.

Auch an diese Darlegungen schloß sich eine kurze Debatte, in der verschiedene Kollegen ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete zum besten gaben. Allgemein kam darin die Meinung zum Ausdruck, daß mit allem Nachdruck an einer besseren Lehrlingsausbildung gearbeitet werden muß, da solche jungen Kollegen, die ohne genügende Kenntnisse ins Erwerbsleben eintreten, später zu Lehndrückern werden.

Hierauf schloß Kollege Driloff mit einigen Abschiedsworten die äußerst fruchtbar verlaufene Tagung.  
Hans Kargl.

## Unternehmerbehauptungen im Lichte der Tatsachen.

Wie der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten berichtet, war der Beschäftigungsgrad in der Kartonnagenindustrie im August wie im Vormonat ziemlich flau. Wörtlich sagt er weiter:

„Die allgemeine Depression im Wirtschaftsleben, die schwache Konjunktur im Inland, der Mangel an Kapital und Kredit machen sich nach wie vor auf die Beschäftigung der Kartonnagenfabrikanten fühlbar. Dazu kommt, daß die Anfang August erfolgte Heraufsetzung der Verkaufspreise, die durch die am 1. August eingetretene Pappenerhöhung sowie durch die bereits im

Juli erfolgte Lohnerhöhung notwendig geworden war, auf die Abgabemöglichkeiten weiter ungünstig einwirkt."

Es ist ja das alte, bis zum Ueberdruß gesungene Lied der Unternehmer, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die hohen deutschen Arbeiterlöhne an Stelle der verkehrten Unternehmer-Wirtschaftspolitik für die Warenabstoßungen verantwortlich zu machen.

Wie es aber in Wirklichkeit um unsere Löhne bestellt ist, zeigt erneut deutlich eine Lohnzusammenstellung im neuesten Heft der „Wirtschaftsturse“. Diese dürfte aber für die Unternehmer um so maßgebender sein, weil doch die „Wirtschaftsturse“ den Unternehmerpreisen näher steht, als der Arbeiterschaft. In dieser längeren Abhandlung über die Löhne im Inland und im Ausland, die sich ausschließlich auf amtliches Material der verschiedenen Länder stützt, wird auch eine größere Zusammenstellung der im Juni bzw. Juli d. J. gezahlten Wochenlöhne gebracht. Diese betragen in deutscher Reichsmark beispielsweise für

Beruf	Frankfurt (Main) (Wochentag)	Frankfurt (Wochentag)	Leipzig	England	Schweden	Korbwaren
Buchdruck- gewerbe . . .	48,—	41,83	33,80	88,23	84,04	221,76
Maurer . . . .	56,16	40,82	40,30	82,11	86,40	277,20
Metallarbeiter .	31,56	37,80	34,—	47,43		203,30
Textilarbeiter .	22,56	25,52	16,74	59,16	41,43	
Solzgewerbe . . .	45,60	40,82		73,74	86,40	252,00

Im Durchschnitt lagen die englischen und die schwedischen Wochenlöhne etwa 50, die amerikanischen aber um 400—600 Proz. höher als die deutschen Löhne. Aber trotz dieser hohen Lohnspannungen werden gerade diese Länder mit den höchsten Löhnen am meisten wegen ihrer Konkurrenz gefürchtet. Sollte das nicht endlich mal auch unseren Unternehmern zu denken geben?

Es stimmt schon, daß die schwache Kaufkraft im Inland zur allgemeinen Depression im Wirtschaftsleben erheblich beiträgt. Um so verwunderlicher ist, wenn man in der Hebung dieser Kaufkraft, also in den Steigerungen unserer auch jetzt noch viel zu geringen Löhne eine Gefahr für das Wirtschaftsleben sieht. Richtiger ist schon, wenn sich der Zentralverband deutscher Kartonnagen-Fabrikanten gegen die hohen Verkaufspreise wendet; aber nicht bloß gegen die hohen Papppreise!

**Verichte.**

**Brieg.** In der am 2. September stattgefundenen öffentlichen Versammlung, die sich eines ziemlich guten Besuches erfreute, referierte die Kollegin Schreihart-Berlin. Die Rednerin verstand es, die Anwesenden mit dem Vortrag zu fesseln, der auch zeitweilig mit Humor gewürzt war. Recht eindringlich schilderte die Rednerin den Anfang der Gewerkschaftsbewegung bis zur heutigen Entwicklung. Manches würde besser sein, wenn in der Arbeiterklasse das Bewußtsein erwachen würde, daß die Wertkräften nicht Menschen vierter Klasse sind und auch Anspruch auf die Kulturgüter haben. Um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, brauchen wir eine geschlossene Gewerkschaft; nur durch Zusammenschluß können wir unsere Lage verbessern, darum hinein in die Gewerkschaft und schiebt die Läden, die durch die Inflation entstanden sind. Der Verbandsvorstand hat eine Amnestie erlassen, in der gesagt wird, daß alle, die während der Inflation ausgetreten sind, wieder in ihre alten Rechte gelangen können, wenn sie sich bis Oktober dieses Jahres beim Kassierer melden. Sie brauchen daher kein Eintrittsgeld bezahlen. Noch leichter und angenehmer kann es wirklich nicht gemacht werden; darum zeigt den Willen und schiebt die Reihen. Beifall lohnte die Rednerin. Es konnten am Schluß eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht werden.

**Chemnitz.** Anlässlich meines 60. Geburtstages sind mir aus Kollegenkreisen des Gaues Sachsen, aus dem Reich und besonders der Zahlstelle Chemnitz sowie herzliche Glückwünsche zugeandt worden, daß es mir Bedürfnis ist, allen Gratulanten hierdurch meinen besten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Chemnitz, im September 1925. E. Pfütze.

**Legnitz-Lauban-Görlitz.** Im Anschluß an den Gewerkschaftstongreß hielten unsere Zahlstellen in den Versammlungen ab, in denen Kollege Michaelis-Berlin über das Thema: „Was lehrt uns die Zeit?“ sprach. In seiner einstündigen Ausführung gab Michaelis einen gedrängten Ueberblick über Entwicklung und Stand unserer gewerkschaftlichen Arbeit in

den letzten Jahren. Er zeigte uns die zwingende Notwendigkeit, dem derzeit besonders aggressiven Vorgehen des Unternehmers gegenüber unsere Organisationen auszubauen und danach zu streben, daß in unseren Arbeitsstätten unorganisierte Kollegen und Kolleginnen nicht mehr anzureißen sind. Er konnte dabei die Beschlüsse unseres Verbandstages und des Gewerkschaftstongresses als Beweis dafür anführen, daß die Spigen der Arbeiterbewegung alles aufbieten, um die so notwendige Werbearbeit zu fördern. Seine Ausführungen fanden in allen Versammlungen reichen Beifall.

In den Debatten kam die Empörung der Anwesenden über das Verhalten der schlesischen Unternehmer — vor allem in der Kartonnagenindustrie — zurzeit recht drastisch zum Ausdruck. Die Versammlungen waren sich jedoch einig, daß nunmehr alles aufgegeben werden müsse, um den jetzigen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen und sie versprochen, in der nun erneut einsetzenden Agitation ihren Mann zu stellen, damit auch in Schlesien wieder die Bestimmungen unserer Reichstariife Geltung erhalten. Zum Ausdruck kam auch, zumal in Görlitz, daß die Versammlung sehr viel besser besucht hätte sein können. Militärischer Rummel am gleichen Tage hatte dieser reichlich Abbruch getan. In allen Versammlungen aber zeigte sich ein guter gewerkschaftlicher Geist, der zu den besten Hoffnungen berechtigt.

**München.** In der am 21. August abgehaltenen Generalversammlung wurde einleitend der im 2. Quartal verstorbenen Kollegen Gleisner, Kreiner und Kettenacker gedacht. Zum schriftlich vorliegenden Kasfenbericht für das 2. Quartal machte der Kassierer ergänzende Erläuterungen, wobei er die ab 40. Woche in Kraft tretenden Beiträge gemäß Beschluß der Ortsverwaltung bekanntgab. Der Kasfenbericht sowie die neuen Beitragsätze fanden Zustimmung. Für den Gau gab R. Faust den Kasfenbericht, welcher ebenfalls gutgeheißen wurde. Den Kassierer wurde Entlastung erteilt. Den Tätigkeitsbericht für das Quartal gab Faust. Ueber den Verbandstag berichtete R. Müller eingehend und erläuterte die für die Mitglieder wichtigen Beschlüsse. Sein sachlich gehaltener Vortrag fand den Beifall der Versammlung.

In der Diskussion wurde die Ansicht vertreten, daß die 5. Beitragsklasse gegenüber den übrigen Klassen beim Unterstützungsbeitrag zu stark belastet sei. Unsere Beitragsleistung und das Unterstützungsmaß seien gegenüber den Buchdruckern in ungleichmäßigem Verhältnis, da die Buchdrucker wenig mehr bezahlen und bedeutend bessere Unterstützungsätze hätten. Für die bedeutend über Tarif Entlohnten hätte man einen höheren Beitrag festlegen sollen.

Kollege Stefan ergänzte die Ausführungen des Berichterstatters, wobei er besonders den Beschluß über die Gehaltsregelung besprach. Ein Diskussionsredner sagte, die Arbeit der Angestellten werde wohl gewürdigt und verdiente Dank und Anerkennung. Die Angestellten sollen ein anständiges Gehalt haben, aber sie sollen auch tragen, daß die Kollegenchaft angemessene Löhne bekomme.

Angewiesen wurde, ob der Beschluß bezüglich der Zusammenlegung des Beirates das bisherige Uebergewicht des B. ausbehe. In seinem Schlußwort wies Müller mit statistischem Material nach, daß Beitragsleistung und Unterstützungsbeitrag bei den anderen Beitragsklassen nicht proportional mehr erfordere als bei der 5. Klasse. Daß die Zusammenlegung unseres Verbandes bei rund 70 Proz. weiblicher Mitglieder die Unterstützungsätze nicht in der Höhe der Buchdrucker ermögliche, sollte doch einleuchten. Zur Angelegenheit der neuen Gehaltsregelung wiederholte der Berichterstatter, daß andere Organisationen viele Monate vorher bedeutend höhere Gehälter bezahlten und daß sich die Angestellten auch zu Zeiten, wo die Gehälter sehr niedrig waren, damit abgefunden haben. Die Angestellten hätten sich bei der Beschlussfassung darüber der Stimme enthalten. Nochmals betonte er die überaus fruchtbare Arbeit, die in sachlichen Verhandlungen geleistet wurde, und ersuchte die Anwesenden, durch intensive Kleinarbeit an der Durchführung der Verbandsratsbeschlüsse zum Wohle der Gesamtkollegenchaft mitzuarbeiten. Gegen fünf Stimmen fand folgende Entschließung Annahme: „Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Arbeit und den Beschlüssen des Verbandstages in Hamburg. Die Münchener Kollegenchaft ist gewillt, das ihrige dazu beizutragen, um die Beschlüsse des Verbandstages durchzuführen. Der Vorschlag der Ortsverwaltung, Faust als Tarifauschussmitglied zu bestimmen, wurde einstimmig angenommen. Dem weiteren Vorschlag der Ortsverwaltung, R. Müller ohne Wahl als Kassierer beizubehalten, wurde ebenfalls einheitlich zugestimmt. Zur Beiratswahl wurde R. Stefan als Beirat und R. Liebhardt als Ersatzmann in Vorschlag gebracht. Mit einigen persönlichen Bemerkungen und Schlußbemerkungen schloß Faust die Versammlung.

**Ulm.** In einer außerordentlichen Versammlung referierte Kollege Döbbling-Stuttgart. Seine Aufgabe, hauptsächlich den gewerkschaftlich ungeschulten

Mitgliedern und zum großen Teil Unorganisierten gegenüber, löste Döbbling in dem Thema: „Warum müssen wir uns organisieren“ in gewohnt glänzender Weise. Er ermahnte die Arbeiter an ihre heiligste Pflicht, der, der glaubt Beiträge sparen zu können, weil er auch so seinen Lohn erhält, schädigt die Allgemeinheit und Kampfkraft der Arbeiterschaft. Seine Ausführungen schloß er mit den Worten: „Ich rufe deshalb den 400 unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen der hiesigen Zigaretten-Kartonnagenfabriken zu, organisiert euch rechtlos, nur dann werden eure Arbeits- und Lohnverhältnisse bessere werden und nur dann werdet ihr auch von euren Arbeitgebern respektiert und als Mensch behandelt!“

Anschließend daran erstattete Döbbling kurzen Bericht über den Gau- und Verbandstag. Die Notwendigkeit, höhere Beiträge zu leisten, wurde allgemein anerkannt um die materielle Schlagkraft des Verbandes zu steigern. Der wiedereingeführten Krankenunterstützung wurde weniger Sympathie zugewendet. Zum Schluß ermahnte Kollege Sellmer vom Gauvorstand, der als Gast anwesend war, die Kollegenchaft zur treuen Mitarbeit, womit die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß fand. Unser Klaviertüftler Kollege Müller sorgte dann noch dafür, daß die Tanzlustigen bis zur Polizeistunde auf ihre Rechnung kamen.

**Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.**

**Bekanntmachung**

betreffend die Wahlen der Vertreter und Erfahmänner zum Ausschuß der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Auf unser Wahlaus Schreiben am 9. August 1925 ist von seiten der Arbeitgeber nur ein Wahlvorschlag der Vertreter und Erfahmänner zum Ausschuß eingereicht und dieser vom Vorstand gemäß § 8 der Wahlordnung als gültig anerkannt worden. Gemäß § 9 a. a. O. gelten die darin verzeichneten Personen als gemählt.

Für die Vertreter der Versicherten sind zwei Wahlvorschläge, bezeichnet als Liste 1 und 2, eingereicht und findet dementsprechend die Wahl an dem festgesetzten Tage statt.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe in der Größe von 9:12 Zentimeter sein.

Stimmzettel, die von diesen Bestimmungen abweichen, sind ungültig, wenn das Abweichen die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht (§ 12 der Wahlordnung).

**Der Vorstand.**

R. Gottesmann, F. Hiebert,  
Vorstand. Schriftführer.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

1. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer im Juni d. J. abgeschlossene Reichsakkordtarif von uns nur an unsere Mitglieder abgegeben werden darf. Da wir mit dem DBV wegen des Verkaufs eine feste Vereinbarung abgeschlossen haben, ersuchen wir dringend darauf zu achten, daß unter gar keinen Umständen solche Akkordtarife an Nichtmitglieder abgegeben und auch nicht durch unsere Mitglieder an sie übermittelt werden. Die Abgabe der Akkordtarife an Arbeitgeber steht allein dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer zu, wohin alle Arbeitgeber zu verweisen sind, die etwa durch unsere Verwaltungen einen Akkordtarif zu bekommen suchen.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen vom 1. Oktober ab in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Darmstadt . . .	5	10	15	20	25
Dortmund . . .	5	15	20	25	30
Karlsruhe . . .	5	10	10	20	20
Reifen . . . .	5	15	20	25	30

**Abrechnungen**

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 15. September bei der Verbandskasse ein von: Göttingen 373,15 M., = Remscheid 100,60 M., = Mainz 330,— M., = Zwickau 600,— M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen der Zahlstellen in: Neudamm, Stettin, = Bremen, = Sebnitz, = Reutlingen und Ulm.

**Adressenänderungen.**

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.

Mainz, B. u. K.: S. Bernhardt, Brägenheim bei Mainz, Schußstr. 29. Auszahlung bis auf weiteres Samstags von 5—6 im Gasthaus zum Goldenen Pflug.

Der Verbandsvorstand.

